



Landesarbeitsgemeinschaft Berlin zur Verhütung
von Zahnerkrankungen (Gruppenprophylaxe) e.V.

Informationen über die Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten gemäß EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Sehr geehrte Eltern und Sorgeberechtigte,

die personenbezogenen Daten Ihres Kindes zu schützen, ist uns sehr wichtig. Nach der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) sind wir verpflichtet, Sie darüber zu informieren, zu welchem Zweck wir Daten erheben, speichern oder weiterleiten. Der Information können Sie auch entnehmen, welche Rechte Sie bezüglich des Datenschutzes haben.

Verantwortliche Stelle im Sinne der DSGVO

Landesarbeitsgemeinschaft Berlin zur Verhütung von Zahnerkrankungen (Gruppenprophylaxe) e.V.
(LAG), Fritschestraße 27-28, 10585 Berlin

Datenschutzbeauftragter

Peter Schubert, Fritschestraße 27-28, 10585 Berlin Tel. (030) 364 06 60-0,
E-Mail: datenschutz@lag-berlin.de

Art und Umfang der Datenverarbeitung

Die Dokumentation und Speicherung von personenbezogenen Daten (Namen von Eltern, Sorgeberechtigten und Kind, Anschrift und Geburtsdatum) sowie zahnärztliche Befunde erfolgt elektronisch, teilweise auch in Papierform.

Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung

Die Verarbeitung der Daten erfolgt auf der Grundlage Ihrer Einwilligung nach Art. 9 Abs. 2 lit. a DSGVO. Alle personenbezogenen Daten unterliegen der ärztlichen Schweigepflicht (§ 203 StGB) und werden nur mit Ihrer Zustimmung an Dritte weitergegeben. Nur in gesetzlich geregelten Ausnahmefällen (z.B. nach dem Bundeskinderschutzgesetz) dürfen Daten ohne Ihre Zustimmung an Dritte weitergegeben werden.

Zweck der Datenverarbeitung

Die erhobenen Daten sind für Durchführung der zahnärztlichen Vorsorgeuntersuchungen im Rahmen der Gruppenprophylaxe und für anonymisierte Statistiken der Gesundheitsberichterstattung erforderlich.

Dauer der Speicherung

Die hier erhobenen Daten werden auf der Grundlage des § 630 f Abs. 3 BGB nach letztem Kontakt 10 Jahre aufbewahrt und anschließend gelöscht bzw. vernichtet.

Ihre Rechte

Betroffene Personen, deren personenbezogene Daten verarbeitet werden, haben gegenüber dem Verantwortlichen folgende Rechte:

Sie haben das Recht auf **Auskunft (Art. 15 DSGVO)** seitens der Verantwortlichen über die Ihr Kind betreffenden personenbezogenen Daten und auf die in Art. 15 DSGVO im einzelnen aufgeführten Informationen.

Sie können die **Berichtigung (Art. 16 DSGVO)** unrichtiger Daten Ihres Kindes verlangen. Unvollständige Daten müssen unter Berücksichtigung des Zwecks der Verarbeitung vervollständigt werden.

Sie haben grundsätzlich das Recht, die **Löschung (Art. 17 DSGVO)** der Daten Ihres Kindes zu verlangen, sofern die gesetzlichen Aufbewahrungsvorschriften dem nicht entgegenstehen.

Sie haben das Recht, von dem Verantwortlichen die **Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO)** zu verlangen, wenn eine der in Art. 18 DSGVO aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist.

Sie können verlangen, eine Kopie der Ihr Kind betreffenden personenbezogenen Daten in einem üblichen und maschinenlesbaren Dateiformat zu erhalten (**Recht auf Datenübertragbarkeit Art. 20 DSGVO**).

Sie haben grundsätzlich ein **Widerspruchsrecht (Art. 21 DSGVO)** auch gegen rechtmäßige Datenverarbeitungen, die im öffentlichen Interesse liegen, die in Ausübung öffentlicher Gewalt oder aufgrund des berechtigten Interesses einer Stelle erfolgen.

Nach **Art. 77 Abs. 1 DSGVO** haben Sie das Recht, sich bei der **Aufsichtsbehörde** zu beschweren, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Ihr Kind betreffenden personenbezogenen Daten rechtswidrig erfolgt. Das ist in Berlin die Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, Friedrichstr. 219, 10969 Berlin, Tel. (030) 13889-0, Fax (030) 2155050, E-Mail: mailbox@datenschutz-berlin.de.

Datenschutz-Grundverordnung (Auszug)

Art. 15 DSGVO Auskunftsrecht der betroffenen Person

1. Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall, so hat sie ein Recht auf Auskunft über diese personenbezogenen Daten und auf folgende Informationen:
 - a) die Verarbeitungszwecke;
 - b) die Kategorien personenbezogener Daten, die verarbeitet werden;
 - c) die Empfänger oder Kategorien von Empfängern, gegenüber denen die personenbezogenen Daten offengelegt worden sind oder noch offengelegt werden, insbesondere bei Empfängern in Drittländern oder bei internationalen Organisationen;
 - d) falls möglich die geplante Dauer, für die die personenbezogenen Daten gespeichert werden, oder, falls dies nicht möglich ist, die Kriterien für die Festlegung dieser Dauer;
 - e) das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung oder Löschung der sie betreffenden personenbezogenen Daten oder auf Einschränkung der Verarbeitung durch den Verantwortlichen oder eines Widerspruchsrechts gegen diese Verarbeitung;
 - f) das Bestehen eines Beschwerderechts bei einer Aufsichtsbehörde;
 - g) wenn die personenbezogenen Daten nicht bei der betroffenen Person erhoben werden, alle verfügbaren Informationen über die Herkunft der Daten;
 - h) das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß Artikel 22 Absätze 1 und 4 und – zumindest in diesen Fällen – aussagekräftige Informationen über die involvierte Logik sowie die Tragweite und die angestrebten Auswirkungen einer derartigen Verarbeitung für die betroffene Person.
2. Werden personenbezogene Daten an ein Drittland oder an eine internationale Organisation übermittelt, so hat die betroffene Person das Recht, über die geeigneten Garantien gemäß Artikel 46 im Zusammenhang mit der Übermittlung unterrichtet zu werden.
3. ¹Der Verantwortliche stellt eine Kopie der personenbezogenen Daten, die Gegenstand der Verarbeitung sind, zur Verfügung. ²Für alle weiteren Kopien, die die betroffene Person beantragt, kann der Verantwortliche ein angemessenes Entgelt auf der Grundlage der Verwaltungskosten verlangen. ³Stellt die betroffene Person den Antrag elektronisch, so sind die Informationen in einem gängigen elektronischen Format zur Verfügung zu stellen, sofern sie nichts anderes angibt.
4. Das Recht auf Erhalt einer Kopie gemäß Absatz 3 darf die Rechte und Freiheiten anderer Personen nicht beeinträchtigen.

Art. 18 DSGVO Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

1. Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen, wenn eine der folgenden Voraussetzungen gegeben ist:
 - a) die Richtigkeit der personenbezogenen Daten von der betroffenen Person bestritten wird, und zwar für eine Dauer, die es dem Verantwortlichen ermöglicht, die Richtigkeit der personenbezogenen Daten zu überprüfen,
 - b) die Verarbeitung unrechtmäßig ist und die betroffene Person die Löschung der personenbezogenen Daten ablehnt und stattdessen die Einschränkung der Nutzung der personenbezogenen Daten verlangt;
 - c) der Verantwortliche die personenbezogenen Daten für die Zwecke der Verarbeitung nicht länger benötigt, die betroffene Person sie jedoch zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigt, oder
 - d) die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung gemäß Artikel 21 Absatz 1 eingelegt hat, solange noch nicht feststeht, ob die berechtigten Gründe des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen.
2. Wurde die Verarbeitung gemäß Absatz 1 eingeschränkt, so dürfen diese personenbezogenen Daten – von ihrer Speicherung abgesehen – nur mit Einwilligung der betroffenen Person oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen oder zum Schutz der Rechte einer anderen natürlichen oder juristischen Person oder aus Gründen eines wichtigen öffentlichen Interesses der Union oder eines Mitgliedstaats verarbeitet werden.
3. Eine betroffene Person, die eine Einschränkung der Verarbeitung gemäß Absatz 1 erwirkt hat, wird von dem Verantwortlichen unterrichtet, bevor die Einschränkung aufgehoben wird.